



**Sachverständigenrat  
Ländliche Entwicklung**  
beim Bundesministerium für  
Ernährung und Landwirtschaft

## **Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Demokratiegefährdung**

**Stellungnahme des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung (SRLE)  
beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)**

**Berlin, 11.06.2024**

## Zusammenfassung

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und weltweit zeigen sich eine sinkende Zufriedenheit mit dem erlebten System Demokratie und ein Erstarren rechtsextremer Kräfte. In Teilen der Bevölkerung erodiert das Vertrauen in die politischen Repräsentant\*innen und die Demokratie. Die staatliche Handlungsfähigkeit wird infrage gestellt. Auch das Vertrauen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwindet seit geraumer Zeit. In Deutschland zeigte sich dies unter anderem an den stark gestiegenen Stimmenanteilen der AfD bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen und deren zunehmender Radikalisierung. Die Europawahl 2024 spiegelt diese Entwicklung deutlich wider.

Vor diesem Hintergrund und weiteren demokratiegefährdenden Entwicklungen begrüßt der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung ausdrücklich die im Mai 2024 verabschiedete „Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft“ (BMI 2024) und die darin vorgesehenen Maßnahmen.

Die vorliegende Stellungnahme des SRLE zur Demokratiestärkung fokussiert auf die Demokratiegefährdung durch Rechtspopulismus/Rechtsextremismus, da Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus laut BMI (2024) weiterhin die größte Bedrohung für das demokratische Gemeinwesen in Deutschland darstellen. Sie fokussiert zudem auf ländliche Räume und ergänzt damit die in der Demokratiestrategie der Bundesregierung aufgeführten Darlegungen.

### **Der SRLE spricht folgende Empfehlungen für Bund, Länder und Kommunen aus:**

- Demokratiestrategie der Bundesregierung zügig und beständig umsetzen
- Gleichwertige Lebensverhältnisse – ländliche Räume stärker in den Blick der Politik nehmen
- Vertrauen in staatliche Institutionen stärken
  - Kommunale Handlungsfähigkeit verbessern
  - Gesetzgebung und Umsetzbarkeit verbessern
- Zusammenhalt stärken – Gestaltungsprozesse vor Ort ausbauen
- Geschlechtergerechtigkeit in der Politik fördern
- Kinder-, Jugend- und Bildungsarbeit zur Demokratiestärkung ausbauen
- Forschung zu raumwirksamen Bestimmungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen und Wahlpräferenzen ausbauen

Die Empfehlungen des SRLE richten sich an die politischen Akteur\*innen aller staatlichen Ebenen. Der SRLE ist sich aber bewusst, dass unser aller Handeln gefordert ist. Um es mit den Worten von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede vom 21.01.2024 zu sagen: „Die Zukunft unserer Demokratie hängt nicht von der Lautstärke ihrer Gegner ab – sondern von der Stärke derer, die die Demokratie verteidigen.“

# **Inhalt**

<b>Zusammenfassung</b>	<b>I</b>
<b>Inhalt</b>	<b>1</b>
<b>1 Demokratiegefährdung durch Rechtspopulismus/Rechtsextremismus</b>	<b>1</b>
<b>2 Besonderheiten der Demokratiegefährdung durch Rechtspopulismus/ Rechtsextremismus in ländlichen Räumen</b>	<b>2</b>
<b>3 Politikempfehlungen zur Demokratiestärkung in ländlichen Räumen</b>	<b>3</b>
3.1    Demokratiestrategie der Bundesregierung zügig und beständig umsetzen	3
3.2    Gleichwertige Lebensverhältnisse – ländliche Räume stärker in der Politik berücksichtigen	3
3.3    Vertrauen in staatliche Institutionen stärken	4
3.3.1    Kommunale Handlungsfähigkeit verbessern	5
3.3.2    Gesetzgebung und Umsetzbarkeit verbessern	5
3.4    Zusammenhalt stärken – Gestaltungsprozesse vor Ort ausbauen	6
3.5    Geschlechtergerechtigkeit in der Politik fördern	8
3.6    Kinder-, Jugend- und Bildungsarbeit zur Demokratiestärkung ausbauen	9
3.7    Forschung zu raumwirksamen Bestimmungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen und Wahlpräferenzen ausbauen	10
<b>4 Schlussbemerkung</b>	<b>10</b>
<b>Literatur</b>	<b>11</b>

## 1 Demokratiegefährdung durch Rechtspopulismus/Rechtsextremismus

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und weltweit zeigen sich eine sinkende Zufriedenheit mit dem erlebten System Demokratie und ein Erstarken rechtsextremer Kräfte. In Teilen der Bevölkerung erodiert das Vertrauen in die politischen Repräsentant\*innen sowie die Demokratie (Deutschland-Monitor 2024). Die staatliche Handlungsfähigkeit wird infrage gestellt (Köcher 2023). Auch das Vertrauen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwindet seit geraumer Zeit (Kersten et al. 2020).

Eine im September 2023 herausgegebene Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung („Die distanzierte Mitte“, Zick et al. 2023) belegt, dass verschwörungsgläubige, populistische und völkisch-autoritär-rebellische Positionen in den vergangenen Jahren angestiegen und weiter in die Mitte der Gesellschaft vorgerückt sind. Mit 8 Prozent 2022/2023 ist der Anteil von Befragten der Mitte-Studie mit klar rechtsextremer Orientierung gegenüber dem Niveau von knapp 2 bis 3 Prozent in den Vorjahren deutlich angestiegen. Eine ähnliche Tendenz ist in vielen demokratischen Ländern zu beobachten und die rechtsextreme Szene hat zudem intensive internationale Vernetzungsstrukturen aufgebaut.

In Deutschland hat sich die AfD seit ihrer Gründung im Jahr 2013 zunehmend radikalisiert, während andere rechtsextreme und -populistische Parteien in Europa eher versuchten, weniger extrem wahrgenommen zu werden. Die AfD wird von Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Drei ihrer Landesverbände (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) gelten demnach als „gesichert rechtsextrem“, sechs weitere als rechtsextremer Verdachtsfall (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen). Zudem wurde die Jugendorganisation der AfD (Junge Alternative) als gesichert rechtsextrem eingestuft. Trotz dieser Einschätzungen der Verfassungsschutzbehörden zeigen aktuelle Wahlprognosen („Sonntagsfrage“), dass die AfD bei Bundestagswahlen die zweitstärkste Partei werden könnte (wahlrecht.de, 01.06.2024). Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 09.06.2024 erreichte die AfD in Deutschland insgesamt am zweitmeisten Stimmen, in fünf Bundesländern sogar mit Stimmenanteilen von 27,5 Prozent bis 31,8 Prozent die meisten.

Hinzu kommt, dass politische Einstellungen und Wahlentscheidungen sich in urbanen und ländlichen Räumen auseinanderentwickelt haben, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden kann. Zwar sind die geographischen Unterschiede diesbezüglich in Deutschland im internationalen Vergleich nicht so ausgeprägt wie in anglophonen Mehrheitssystemen (den USA, Kanada oder dem Vereinigten Königreich), doch differenziert sich auch hierzulande das Wahlverhalten zusehends regional (Huijsmans und Rodden 2024).

„Zeigen wir, dass wir gemeinsam stärker sind.“ fordert uns Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede vom 21.01.2024 auf. Er führte weiter aus:

*„Hunderttausende Menschen waren auch an diesem Wochenende auf den Straßen, überall in Deutschland. Ganz unterschiedliche Menschen. Aber sie alle haben eines gemeinsam: Sie stehen jetzt auf gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Sie wollen auch in Zukunft frei und friedlich zusammenleben. Diese Menschen machen uns allen Mut.“*

Die Massenproteste gegen das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung bereit ist, sich aktiv gegen das Erstarken rechtsradikaler Kräfte in Deutschland zu stellen und die weit überwiegende Mehrheit der Bürger\*innen zur Demokratie steht.

Vor diesem Hintergrund und weiteren demokratiegefährdenden Entwicklungen begrüßt der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung ausdrücklich die im Mai 2024 verabschiedete „Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft“ (BMI 2024) und die darin vorgesehenen Maßnahmen. Mit dieser Demokratiestrategie tritt die Bundesregierung „politische[n] und ideologische[n] Ideen und Konzepte[n] des Extremismus, Totalitarismus, der Unfreiheit

und Ungleichwertigkeit, die unsere offene auf Freiheit und Gleichheit beruhende Gesellschaft kategorisch ablehnen, diskreditieren und bedrohen“<sup>1</sup>, entschieden entgegen (BMI 2024, S. 6).

Die vorliegende Stellungnahme des SRLE zur Demokratiestärkung fokussiert auf die Demokratiegefährdung durch Rechtspopulismus/Rechtsextremismus, da Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus laut BMI (2024) weiterhin die größte Bedrohung für das demokratische Gemeinwesen in Deutschland darstellen. Sie fokussiert zudem auf ländliche Räume und ergänzt damit die in der Demokratiestrategie der Bundesregierung aufgeführten Darlegungen.

## **2 Besonderheiten der Demokratiegefährdung durch Rechtspopulismus/ Rechtsextremismus in ländlichen Räumen**

Zwar steigt der Zuspruch zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen und Parteien keineswegs eindeutig mit dem Grad der Ländlichkeit einer Region an (Stroppe und Jungman 2022; Deppisch et al. 2023a; Deppisch 2019)<sup>2</sup> und ist weder ein eindeutig auf bestimmte Regionen begrenztes Phänomen noch ein isoliertes Phänomen, das nur am Rande der Gesellschaft stattfindet. Ländliche Räume stehen bei der Betrachtung rechtspopulistischer und rechtsextremer Wahlerfolge aber trotzdem nicht nur in Deutschland, sondern weltweit im Fokus. In ländlichen Regionen sind traditionelle Werte und Lebensweisen sowie konservativere politische Einstellungen häufig stärker verankert als in nicht-ländlichen Räumen (Inglehart und Welzel 2005). Gleichzeitig fühlen sich viele Menschen in ländlichen Regionen durch den fortlaufenden Strukturwandel und die Auswirkungen der Globalisierung abgehängt, was zu wirtschaftlicher und sozialer Unzufriedenheit sowie gesellschaftlicher Polarisierung führen kann (Martin et al. 2019; Goodwin 2023). Diese Unzufriedenheiten und Gefühle der Vernachlässigung befördern die Suche nach Alternativen mit scheinbar einfachen politischen Lösungen.<sup>3</sup>

Indem sie den Verlust traditioneller Werte und wirtschaftliche Unsicherheiten instrumentalisieren, nutzen rechtsextreme Gruppen oft Verlustängste und Identitätskrisen in ländlichen Gemeinden aus, um politisch zu mobilisieren (Mudde 2007; Neu 2024). Die realen wie auch die wahrgenommenen regionalen Lebensverhältnisse können sich in der Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen und dem Vertrauen in diese niederschlagen. Wer sich politisch, kulturell oder wirtschaftlich abgehängt fühlt, hat zugleich auch weniger Vertrauen in die Demokratie (Deutschland-Monitor 2024). Rechtsextreme Gruppen nutzen diese Unsicherheiten und infrastrukturellen Lücken (Naumann 2020) für sich, indem sie die Defizite gezielt aufgreifen, auf Institutionen Einfluss nehmen und sich durch ehrenamtliches Engagement als Helfer\*innen inszenieren und so die Bevölkerung direkt erreichen (Krüger 2022, vgl. auch zu Musikveranstaltungen und sogenannten Völkischen Siedlern Deppisch et al. 2023b). Hierbei werden bevorzugt sportliche Angebote für Jugendliche sowie Kinderbetreuungsangebote in Kindertagesstätten gemacht oder z. B. Positionen in der Freiwilligen Feuerwehr besetzt (ebd.).

---

<sup>1</sup> Genannt werden Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus, Rassismus (wie insbesondere etwa Antischwarzer Rassismus, Antiasiatischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit), Antisemitismus, Antiziganismus sowie weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. LSBTIQ\*-Feindlichkeit oder Sexismus.

<sup>2</sup> So legt eine Studie von Diermeier (2020) nahe, dass die AfD eher dort gewählt wird, wo der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen schlecht ist, nicht aber zwingend in kleinen und ländlichen Kommunen.

<sup>3</sup> Hinzu kommen historische Pfadabhängigkeiten. So zeigen Deppisch et al. (2023a) am Beispiel der AfD, dass rechtsextreme Parteien dann in (eher) ländlichen Regionen vermehrt Zustimmung findet, wenn die Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen mit einer lokal dominanten rechts-konservativen politischen Tradition einhergeht. Wenn jedoch die lokale politische Tradition eher links-liberal geprägt ist, finden sie trotz hoher Unzufriedenheit mit der infrastrukturellen Ausstattung der Region weniger Zustimmung. Herrscht umgekehrt in strukturstarken ländlichen Räumen eine hohe Zufriedenheit mit den lokalen Lebensverhältnissen vor, so können sie trotz lokal dominanter rechts-konservativer Traditionen kaum Wahlgewinne erzielen.

### 3 Politikempfehlungen zur Demokratiestärkung in ländlichen Räumen

Der SRLE begrüßt nachdrücklich die im Mai 2024 veröffentlichte „Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft“ (Demokratiestrategie) und die darin aufgeführten Maßnahmen. Ländliche Räume werden darin an einzelnen Stellen explizit thematisiert, zumindest wenn es sich um strukturschwache ländliche Räume handelt. Mit Blick auf die Demokratiestärkung in ländlichen Räumen spricht der Sachverständigenrat die nachfolgenden Politikempfehlungen aus. Einige dieser Empfehlungen sind aber auch für nicht-ländliche Räume von Bedeutung.

#### 3.1 Demokratiestrategie der Bundesregierung zügig und beständig umsetzen

Die in der „Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft“ (BMI 2024) vorgesehenen Maßnahmen sind wichtig für die Demokratiestärkung, auch in ländlichen Räumen. Einige der Maßnahmen bedürfen einer weiteren Konkretisierung und einer sorgfältigen Abstimmung zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen.

**Der Sachverständigenrat empfiehlt dem Bund, die in der Demokratiestrategie der Bundesregierung aufgeführten Maßnahmen zügig und beständig umzusetzen.**

#### 3.2 Gleichwertige Lebensverhältnisse – ländliche Räume stärker in der Politik berücksichtigen

Die regionalen Lebensverhältnisse – und wie sie in ländlichen Räumen von der Bevölkerung vor Ort wahrgenommen werden – können die Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen in Deutschland beeinflussen. Gleichwertige Lebensverhältnisse stellen ein hohes politisches Ziel in Deutschland dar und sind wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen „Gefühle des Abgehängtseins“.

**Der SRLE empfiehlt dem Bund und den Ländern dringend, den politischen Auftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse intensiv zu verfolgen.**

Der Sachverständigenrat beobachtet mit großer Sorge, dass die Entwicklung der ländlichen Räume zunehmend aus dem bundespolitischen Fokus zu geraten scheint. Er verweist in diesem Zusammenhang umfangreich auf seine Stellungnahme „Ländliche Räume nicht aus dem Blick verlieren und Gestaltungsspielräume erhalten!“ von September 2023 (SRLE 2023b), die vor dem Hintergrund der damaligen Diskussionen zum Bundeshaushalt 2024 erstellt wurde, und die Stellungnahme „Die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027: ländliche Entwicklung stärker in den Blick nehmen“ von Juni 2023 (SRLE 2023a).

Nicht nur inhaltlich, sondern auch institutionell sind die ländlichen Räume stärker in den Fokus zu nehmen. Eine Vielzahl von Politikmaßnahmen hat Einfluss auf die Menschen und Unternehmen in ländlichen Räumen. Die jeweils fachlich zuständigen Ministerien geben dabei den Belangen ländlicher Räume nicht die erforderliche Aufmerksamkeit. Wie der SRLE in einer früheren Stellungnahme (SRLE 2022) betont hat, ist es deshalb wichtig, dass sich auf Bundesebene ein Ministerium in besonderer Weise um die Entwicklung der ländlichen Räume kümmert.

**Der SRLE empfiehlt dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), seinem Selbstverständnis als „Anwalt ländlicher Räume“ Nachdruck zu verleihen.**

Soweit es das Ressortprinzip zulässt, sollte sich das BMEL für die Belange ländlicher Räume auch bei Politikvorhaben anderer Ministerien einsetzen bzw. diese für die Spezifika ländlicher Räume sensibilisieren, sei es allgemein im Rahmen der Ressortabstimmungen oder spezifisch zum Beispiel im Rahmen des vom BMEL geleiteten Arbeitsstabs „Ländliche Räume“ der Parlamentarischen Staatssekretäre (PSt Arbeitsstab Ländliche Räume) oder des 2020 für Gesetzesvorhaben des Bundes eingeführten „Gleichwertigkeits-Checks“.

Daneben gilt es, politische Maßnahmen zur Förderung der Demokratie nicht nur nach dem Top-down-Ansatz, sondern auch nach der Bottom-up-Methode zu verfolgen. So können beispielsweise Dorfbewegungen, wie es sie in nahezu allen europäischen Ländern und auch in Brandenburg<sup>4</sup> gibt, Dialogräume für sachbezogene Auseinandersetzungen schaffen und der Stimme der ländlichen Bevölkerung im Dialog mit der Politik wieder mehr Gewicht verleihen. Über eine Vernetzung kommunalpolitisch Interessierter der Dorf- und Gemeindeebene können Herausforderungen vor Ort über den Austausch von praktischen Erfahrungen gemeinschaftlich bewältigt und Empfehlungen für notwendige politische Handlungsrahmen erarbeitet werden. Das Programm „Engagiertes Land“ der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) ist hierfür eine wertvolle Unterstützung der lokalen Ebene.

**Der SRLE spricht sich dafür aus, Strukturen, die von unten nach oben eine sachliche Kommunikation und Transparenz befördern, sowohl auf Bundes- als auch auf Ebene der Länder im Aufbau zu befördern und auszubauen.**

### 3.3 Vertrauen in staatliche Institutionen stärken

Wenn Menschen das Gefühl bekommen, dass der Staat ihren alltäglichen Bedarf an lokaler Daseinsvorsorge nicht in ausreichendem Maße bedient und sie sich von allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen abgekoppelt fühlen, können sich daraus infrastrukturelle Verlustnarrative und weitreichende Institutionen- und Demokratieenttäuschung entwickeln (für die USA Hochschild 2017; Cramer 2016, für Deutschland Deppisch 2019). Wenn die lokalen Umfeldbedingungen demzufolge als unzureichend bzw. ungerecht empfunden werden, kann sich dort ein gefährlicher Nährboden demokratischer Entfremdung bilden (Lipps und Schraff 2021; Deutschland-Monitor 2024) mit einer deutlichen Stärkung rechtspopulistischer Parteien (Bergmann et al. 2023).

In der Demokratiestrategie der Bundesregierung heißt es hierzu: „Vor allem kleine Kommunen in strukturschwachen Regionen sind verstärkt vom demografischen Wandel, ausgedünnter Daseinsvorsorge (z. B. Gesundheitsversorgung) und geringer Sichtbarkeit des Staates betroffen. Ökonomische, ökologische und soziale Transformationsprozesse müssen hier begleitet werden, um nicht zu einem Verlust an sicheren Zukunftsperspektiven und an Vertrauen in staatliche Institutionen und politische Verantwortungsträger beizutragen. Narrative des ‚Abgehängtseins‘ fallen sonst auf fruchtbaren Boden.“ (BMI 2024).

---

<sup>4</sup> Siehe <https://lebendige-doerfer.de/>. Am 21.02.2024 hat der Brandenburger Landtag das Kommunalrechtsreformgesetz verabschiedet und schreibt damit die Kommunalverfassung fort. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes kommen weitreichende Forderungen der Dorfbewegung zum Tragen, die die Rechte der Ortsvorsteher\*innen und Gemeindevertretungen vor Ort deutlich stärken. Damit wird es den Menschen vor Ort ermöglicht, sich in deutlich stärkerem Maße kommunalpolitisch einzubringen.

### 3.3.1 Kommunale Handlungsfähigkeit verbessern

Handlungsfähige Kommunen können einer Entfremdung der Bürger\*innen von staatlichen Institutionen und den vor allem von Rechtspopulist\*innen bedienten Narrativen des Abgehängtseins entgegenwirken, weil viele Aufgaben der Daseinsvorsorge in ihren Zuständigkeitsbereich fallen und sie damit von zentraler Bedeutung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind. Der SRLE hat bereits mehrfach betont – so z. B. 2021 in seiner Stellungnahme „Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume in der 20. Legislaturperiode“ (SRLE 2021b) –, dass eine Stärkung der Handlungsfähigkeit ländlicher Räume einer Verbesserung der kommunalen Steuerausstattung bedarf und dass dies einer immer nur punktuell erfolgenden Unterstützung über zeitlich begrenzte und sektoral bzw. projekthaft ausgerichtete Programme grundsätzlich vorzuziehen ist.

Den Kommunen muss es ermöglicht werden, ihre Pflichtaufgaben und darüber hinaus auch ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben ohne die dauerhafte Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Förderprogramme können immer nur die eigene Aufgabenerfüllung ergänzen, dürfen diese aber nicht ersetzen. Die Bundesregierung stellt in ihrer Demokratiestrategie fest, dass in strukturschwachen Regionen, insbesondere in kleineren Kommunen, häufig das Personal in der Verwaltung zur Umsetzung von demokratiestärkenden Maßnahmen knapp ist und auch die Zivilgesellschaft häufig in diesen Regionen nicht breit aufgestellt ist (BMI 2024).

#### **Der Bund und die Länder sollten für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen sorgen.**

- Der Bund sollte den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöhen und diese zusätzlichen Mittel nach Einwohner\*innen verteilen.
- Bund und Länder sollten in den Finanzausgleichssystemen stärker als bislang die Sonderbedarfe der Fläche abbilden, etwa über entsprechende Flächenfaktoren im kommunalen Finanzausgleich.
- Bund und Länder sollten dafür Sorge tragen, dass die Standortgemeinden von Erneuerbaren-Energie-Anlagen, die fast alle in ländlichen Räumen liegen, verpflichtend und angemessen an der Wertschöpfung dieser Anlagen beteiligt werden.

### 3.3.2 Gesetzgebung und Umsetzbarkeit verbessern

Der SRLE beobachtet mit Sorge, dass auf Bundesebene in den vergangenen Jahren beschleunigte Gesetzgebungsverfahren von der Ausnahme zur Regel geworden sind. Wenn bei Anhörungen den Akteur\*innen nur wenige Tage Zeit für die Abgabe ihrer Stellungnahme gegeben wird, leidet darunter letztlich die Qualität der Rechtstexte. Kommunen – und auch andere Akteur\*innen – sehen sich zunehmend mit Rechtstexten konfrontiert, die Mängel in der Umsetzbarkeit aufweisen. Dies führt nicht nur in den Kommunen zu Frustration, sondern zum Teil zu einem weiteren Bürokratieaufwuchs statt -abbau. Hierdurch leidet das Vertrauen in staatliche Institutionen<sup>5</sup>.

<sup>5</sup> siehe [https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2024/Publikationen/2024-05-14\\_Thesenpapier-Fristen\\_1\\_.pdf](https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2024/Publikationen/2024-05-14_Thesenpapier-Fristen_1_.pdf)



**Um die Qualität der Rechtstexte und deren Umsetzbarkeit zu verbessern, empfiehlt der SRLE dem Bund:**

- beschleunigte Gesetzgebungsverfahren wieder strikt auf Ausnahmefälle zu beschränken und den zu Beteiligten in Anhörungsverfahren angemessene Zeit zur Stellungnahme einzuräumen.
- bei jedem Gesetzgebungsverfahren praxisorientiert eine möglichst unbürokratische Umsetzbarkeit sicherzustellen.

### **3.4 Zusammenhalt stärken – Gestaltungsprozesse vor Ort ausbauen**

Die Stärkung einer aktiven, konfliktbereiten Zivilgesellschaft bildet ein probates Mittel, um rechtsextreme Einflüsse zurückzudrängen (Quent 2019). Umgekehrt gilt aber auch: Ausbleibender Protest und Widerstand erlauben rechtsextremen Kräften eine Ausbreitung ihrer Normalisierungsstrategie (Mobile Beratung 2023).

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht automatisch auch demokratisches Engagement. Geht man davon aus, dass sich Wähler\*innen rechtsextremer Parteien in gleichem Maße bürgerschaftlich engagieren wie Wähler\*innen anderer Parteien, so impliziert dies, dass auch Engagierte in nicht unerheblichem Maße mit dem rechten Rand sympathisieren können (vgl. für Sportvereine Delto et al. 2023). Tatsächlich setzen rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen auf die Befürchtungen von Traditions- und Identitätsverlusten, um dort mit ihren Ideologien anzuknüpfen. Neben rechtsextremistischer Einflussnahme auf zivilgesellschaftliche Gemeinschaften bauen rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen auch eigene politische Netzwerke, Vereine und Freizeitangebote auf, um antidemokratische Ideologien zu verbreiten und Intoleranz sowie Hass gegenüber Andersdenkenden zu schüren. Bloßes Miteinander oder Gemeinschaftserleben sind daher kein Garant für eine gelebte Demokratie. Verschwörungsmithische, ausgrenzende und demokratiegefährdende Positionen lassen Menschen ebenfalls zusammenfinden (Neu und Küpper 2023).

Durch mangelnde Integration sozialer Gruppen (z. B. Migrant\*innen, Menschen in Armut, Bildungsferne) in die Mitte der Gesellschaft wird der Boden für rechtsextremes Engagement bereitet. Stabil kann eine Demokratie nur dann sein, wenn sie von ihren Bürger\*innen unterstützt wird. Hierzu bedarf es aus der Sicht der Bürger\*innen des Einklangs ihrer Erwartungen mit den Ergebnissen des Handelns politischer Akteur\*innen sowie der Möglichkeit demokratischer Teilhabe. Werden Erwartungen nicht erfüllt oder soziale Gruppen systematisch von demokratischer Teilhabe – und damit von Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten – ausgeschlossen, fühlen sich diese Gruppen vom System nicht repräsentiert und entziehen ihre Unterstützung. Es ist daher von zentraler Bedeutung, hier an die Ursachen zu gehen und Teilhabe zu ermöglichen bzw. noch mehr Anstrengung darauf zu verwenden, Menschen, die mit dem aktuellen Geschehen unzufrieden sind, stärker in Debatten einzubinden (more in common 2023). Ein wichtiger Schritt kann hier sein, im Bereich Engagement und Ehrenamt einerseits Rekrutierungsstrategien anzupassen und breit über Engagementmöglichkeiten zu informieren (Kleiner und Kühn 2023), andererseits aber auch die engagierte Zivilgesellschaft demokratiefest zu machen (Neu 2024). Die DSEE kann hierbei eine wichtige Rolle spielen.

**Der SRLE empfiehlt dem Bund (wie in der Demokratiestrategie angekündigt), aber auch den Ländern und Kommunen, „bewährte Programme und Ansätze zur Förderung der demokratischen Teilhabe und gegen Extremismus in ländlichen und strukturschwachen Regionen weiter[zu]entwickeln.“ (BMI 2024).**

- Gewachsene und anerkannte Programmstrukturen sollten verstetigt und weiterentwickelt werden, bevor neue Modellprojekte gestartet werden.
- Neben präventiven Ansätzen auf kommunaler Ebene sollten bundesweit Vereine und Verbände, die sich der Etablierung demokratischer Verbandsstrukturen und der Bearbeitung von demokratiefeindlichen Vorfällen widmen, sinnvoll unterstützt werden.
- Um Vereine und Verbände als wichtige „Ankerorte“ für Begegnung und Austausch bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen verstärkt zu unterstützen, sollte u. a. der Aufbau verbandsinterner Anlaufstellen weiter begleitet werden.

Niedrigschwellige und inklusive Angebote wie die Bundesprogramme „Miteinander Reden“, „Demokratie Leben!“ oder die Programme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ bzw. „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ u. v. a. m. erreichen Menschen vor Ort, sensibilisieren für Demokratie und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gelingt die Entwicklung einer lebendigen, souveränen und regional angebundenen Zivilgesellschaft auf der Grundlage der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, dann entzieht dies den rechtsextremen Strukturen den gesellschaftlichen Entwicklungsraum durch Dialog und Übung von Meinungsbildungsprozessen (Borstel 2016).

Segregierte Lebenswelten und gesellschaftliche Blasen etwa in den sozialen Medien lassen immer weniger milieu- und generationenübergreifende Kontakte entstehen, daher bedarf es darüber hinaus einer Förderung von Sozialen Orten der Begegnung, Dialogen und Plattformen für den Austausch zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft (Kersten et al. 2022). Diese Orte leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Zusammenhaltes und befördern Prozesse der Selbstwirksamkeit.

**Der SRLE empfiehlt dem Bund, den Ländern und Kommunen,**

Orte und Gelegenheiten des milieu- und generationenübergreifenden Austauschs auskömmlich und dauerhaft zu unterstützen.

**Der SRLE empfiehlt dem Bund und den Ländern,**

weiter in die Unterstützung von lokalem Engagement und Ehrenamt, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Menschenrechte, Toleranz und demokratische Werte einsetzen, zu investieren und „weiterhin und verstärkt an die für Prävention entscheidenden Orte [zu] gehen – in die Kommunen, in Vereine und Verbände, in Bildungseinrichtungen und andere Orte, an denen sich Menschen für die Demokratie einsetzen“ (BMI 2024, S. 16).

Gerade in den Kommunen findet der direkte Austausch mit den Bürger\*innen statt. Hier ist besonders wichtig, dass die Beschäftigten in den Verwaltungen über eine klare demokratische Grundhaltung und ein Grundverständnis für ein kooperatives Miteinander mit der engagierten Bürgerschaft und den Gremienvertretungen verfügen.

Hass, Bedrohungen und Gewalt gegen Politiker\*innen, Verwaltungsmitarbeiter\*innen und ehrenamtlich Engagierte nehmen zu und haben ein bedrohliches Ausmaß erreicht (BMI 2024; DStGB 2023). Betroffene Personen und Einrichtungen wissen oft nicht, wie sie damit umgehen sollen und an wen sie sich wenden können (BMI 2024; Schröder et al. 2022; Neu 2024). Es braucht Betroffenenberatung und konkrete Handlungsempfehlungen, um gut reagieren zu können. Zusammenschlüsse mehrerer Akteur\*innen einer

Stadt oder eines Dorfes, wie gelebte Nachbarschaften, Vereine, Religionsgemeinschaften oder Wirtschaftsvereinigungen, erweisen sich als erfolgreich gegen Demokratiefeinde. Besonders wirksam ist es, wenn lokale Multiplikator\*innen wie Bürgermeister\*innen oder Vereinsvorsitzende eingebunden werden (Mobile Beratung 2023). Ehrenamtliche Gremienvertreter\*innen sowie an kommunalpolitischer Mitwirkung Interessierte benötigen dezentral kontinuierliche und partizipativ angelegte Bildungsangebote, die sie dazu befähigen, gemeinsam mit der Verwaltung durch eine breite Bevölkerung getragene Lösungen zu entwickeln und diese auch nach außen transparent zu kommunizieren. Kommunale Akademien, die Bundeszentrale für politische Bildung oder jüngst die Konflikt-Akademie in Bielefeld erarbeiten konkrete Handreichungen oder Seminarformate, um Kommunalpolitiker\*innen Austausch zu ihren Erfahrungen zu ermöglichen, sie in der Früherkennung von Radikalisierung und extremistischen Tendenzen zu schulen, den Umgang mit Hass und Gewalt einzuüben und konkrete Krisen-Interventionen oder integrierte Sicherheitsstrategien vorzubereiten (Neu 2024).

**Um antidemokratischen Haltungen sowie Hass, Bedrohungen und Gewalt zu begegnen, empfiehlt der SRLE dem Bund und insbesondere den Ländern und Kommunen,**

- Beratungs- und Supervisionsangebote zum Umgang mit erlittenem Hass, Bedrohungen und Gewalt gegen Politiker\*innen, Verwaltungsmitarbeiter\*innen und ehrenamtlich Engagierte auszubauen,
- Unterstützung für Vereine, Organisationen und Gremienvertreter\*innen (z. B. in Form von Handreichungen oder Seminarformaten) anzubieten, um ihnen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und sie in der Früherkennung von Radikalisierung und extremistischen Tendenzen zu schulen, den Umgang mit antidemokratischen Haltungen, Hass und Gewalt einzuüben und konkrete Kriseninterventionen oder integrierte Sicherheitsstrategien vorzubereiten,
- innerhalb der Verwaltung institutionelle Konzepte, Vorgaben und präventiv festgelegte Abläufe zu entwickeln, um Orientierung und Sicherheit im Umgang mit Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus zu geben.

### 3.5 Geschlechtergerechtigkeit in der Politik fördern

In ländlichen Räumen gibt es insbesondere strukturelle und gesellschaftliche Herausforderungen, die eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Einbindung von Frauen in demokratischen Prozessen erschweren. Frauen sind nach wie vor stark unterrepräsentiert in der Kommunalpolitik. Diese mangelnde Beteiligung von Frauen führt dazu, dass die Perspektiven, Anliegen und Lösungsvorschläge von Frauen nicht genügend berücksichtigt werden. Eine stärkere Einbindung in demokratische Prozesse schafft hingegen eine größere Akzeptanz für politische Entscheidungen. Deswegen sind geeignete Rahmenbedingungen umzusetzen, die diese Zugänge ermöglichen (vgl. SRLE 2021a).

**Der SRLE empfiehlt dem Bund und den Ländern,**

- die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Kampagnen und Bildungsprogramme speziell für Frauen,
- die Fortführung und die Ausweitung von Mentoring-Programmen, bei denen erfahrene Politikerinnen als Mentorinnen für Nachwuchspolitikerinnen fungieren,
- die Schaffung von Netzwerken und Plattformen, die Frauen in der Politik unterstützen und vernetzen.

### 3.6 Kinder-, Jugend- und Bildungsarbeit zur Demokratiestärkung ausbauen

Auf den Kinder- und Jugendbereich ist mit Blick auf die Demokratiestärkung in ländlichen Räumen ein besonderes Augenmerk zu richten. Sie sind der demokratische Nachwuchs unseres Landes. Besorgniserregend ist die Ausrichtung der rechtsextremen Szene auf die Zielgruppe „Junge Menschen“, die sie mit einer äußerst erfolgreichen Social-Media-Strategie für ihre Inhalte erreichen konnte. Kinder und Jugendliche sind rechtsextremen Beiträgen in sozialen Medien zumeist unvorbereitet und ungefiltert ausgesetzt. Sie haben zudem besonders stark und anhaltend unter den Einschränkungen der COVID-19-Maßnahmen gelitten. Darauf weist nicht zuletzt eine gegenüber dem Vor-Pandemie-Niveau erhöhte Betroffenheit dieser Gruppe von Depressionen und Einsamkeit hin (Luhmann et al. 2023). Die Auswirkungen der Pandemie dürften auch dazu beigetragen haben, dass sich viele Jugendliche mit ihren Bedürfnissen und Sorgen nicht mehr ausreichend politisch repräsentiert sehen und dadurch empfänglich für rechtsextreme Angebote sind. So sind bei Jugendlichen häufiger rechtsextreme Einstellungen festzustellen als bei anderen Altersgruppen (Zick und Mokros 2023) und ein relativ hoher Prozentsatz sympathisiert mit der AfD (Schnetzler et al. 2024). Besonders beängstigend ist der überproportionale Zuwachs von AfD-Wähler\*innen aus der jungen Bevölkerungsgruppe bei der Europawahl 2024.

Politische Bildung kann durch Aufklärungsarbeit über rechtsextremistische Bewegungen und ihre Ziele zur Demokratiestärkung beitragen. Schulen (einschließlich Berufsschulen) sind als Orte der Bildung für diese Aufgabe von zentraler Bedeutung. Allerdings ist festzustellen, dass die politische Bildung nicht in allen Schulformen den gleichen Stellenwert besitzt – von ihr profitieren vor allem die Schüler\*innen in Gymnasien (Achour und Wagner 2019), während insbesondere Berufsschüler\*innen als Zielgruppe politischer Bildung weitgehend vernachlässigt werden (Lachmann 2022).

Wenn junge Menschen einen positiven Blick auf die Zukunft gewinnen sollen, muss die Gesellschaft es ihnen ermöglichen, sich an Veränderungsprozessen aktiv zu beteiligen (Schnetzler 2024). Hier bedarf es eines grundsätzlichen Übereinkommens auf allen Ebenen, dass diese Beteiligung grundsätzlich notwendig und gewollt ist. Einzelne Länder haben dies bereits in ihren Kommunalverfassungen und Gemeindeordnungen verankert, rechtliche Regelungen auf Bundesebene existieren bislang nicht (Wissenschaftliche Dienste 2023). Gesetzte Rahmenbedingungen können nur durch geeignete fachliche Strukturen und Finanzierungen über alle Ebenen hinweg ausgestaltet werden, um Bildungsarbeit, Vernetzung und konkrete Aktivitäten zur Umsetzung zu ermöglichen.

**Der SRLE empfiehlt dem Bund und den Ländern, die politische Bildung in ländlichen Räumen zu stärken und dabei vor allem Kinder und Jugendliche durch entsprechende Angebote in den Blick zu nehmen.**

- Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auf Berufsschulen gelegt werden, die bisher eher nicht adressiert werden.
- Es sollten dringend ausreichend und kontinuierlich abgesichert Mittel für politische Bildung in ländlichen Räumen bereitgestellt werden, um vorhandene Strukturen der politischen Bildung zu stärken und die Abhängigkeit von projektbezogener Förderung zu verringern, damit eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung in der Bildungsarbeit ermöglicht werden kann und vertrauensvolle langjährige Beziehungen wachsen können.
- Die Vermittlung von Medienkompetenz sowie die Verankerung von digitaler Medienbildung sollten in den Lehrplänen aller Schulformen ausgebaut werden. Erziehende und Lehrer\*innen sollten besser zur Vermittlung von Medienkompetenz befähigt werden.
- Kinder- und Jugendbeteiligung muss ernsthaftes Anliegen aller politischen Ebenen sein. Dafür sollten Bund und Länder neben Rahmenbedingungen auch Strukturen und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Dies sollte im Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung Berücksichtigung finden.

### **3.7 Forschung zu raumwirksamen Bestimmungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen und Wahlpräferenzen ausbauen**

Um rechtspopulistische und rechtsextreme Einflussversuche zu erkennen und ihnen angemessen zu begegnen, ist es zunächst erforderlich, über Kenntnisse der extremen Rechten, ihrer Akteur\*innen, Argumentationsstränge, Symbolik, Formen und Strategien zu verfügen (Gille et al. 2022). Erst seit einiger Zeit finden raumstrukturelle Faktoren als Erklärung für rechtspopulistische/rechtsextreme Einstellungen und Wahlpräferenzen größere wissenschaftliche Beachtung. Eine zentrale Motivation für diese neue Forschung um die „Geographien der Unzufriedenheit“ (Dijkstra et al. 2020) ist die Befürchtung, dass ein „Rückzug“ des Staates aus der Fläche und die Abwesenheit von (sozialen) Infrastrukturen zu Desintegrationsprozessen und Abwärtsspiralen führt, die wiederum Prozesse politischer Entfremdung und Radikalisierung begründen. International werden diese „Regionen, die nicht zählen“ (Rodríguez-Pose 2018) im (peripheren) ländlichen Raum verortet. Obwohl die räumliche Dimension des Wählens in Deutschland zuletzt verstärkt aufgegriffen wurde (Deppisch et al. 2019; Diermeier 2020; Förtner et al. 2020; Kurtenbach 2019; Stroppe 2023), besteht hier weiterer Forschungsbedarf.

**Der SRLR empfiehlt dem Bund und den Ländern, die Forschung zu raumwirksamen Bestimmungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen und Wahlpräferenzen auszubauen.**

## **4 Schlussbemerkung**

Unabhängig vom spezifischen Blick auf die ländlichen Räume sieht der SRLE, dass die Grenzen der Meinungsfreiheit nicht zuletzt auch im Internet, beispielweise in Sozialen Medien und Messenger-Diensten, seit mehreren Jahren immer massiver überschritten werden. Dies bedroht die Demokratie und die Freiheit der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Dieser Herausforderung muss sich der Staat stellen.

Der SRLE appelliert an alle politischen Kräfte, ein gutes Beispiel für demokratisches Handeln vorzuleben und sich nicht in eine populistisch geprägte Kommunikation treiben zu lassen, sondern einen sachlichen Diskurs zu führen und demokratisch gefundene Entscheidungen zu respektieren.

Die Empfehlungen des SRLE richten sich an die politischen Akteur\*innen aller staatlichen Ebenen: Bund, Länder und Kommunen. Der SRLE ist sich aber bewusst, dass unser aller Handeln gefordert ist. Um es mit den Worten von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede vom 21.01.2024 zu sagen: „Die Zukunft unserer Demokratie hängt nicht von der Lautstärke ihrer Gegner ab – sondern von der Stärke derer, die die Demokratie verteidigen.“

## Literatur

- Achour S, Wagner S (2019) Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- Bergmann K, Diermeier M, Kempermann H (2023) AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten, IW-Kurzbericht, Nr. 71, Berlin/Köln
- [BMI] Bundesministerium des Inneren und für Heimat (ed) (2024) Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus : Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft, Berlin, zu finden in <[https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/ministerium/BMI24021.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/ministerium/BMI24021.pdf?__blob=publicationFile&v=4)> [zitiert am 27.05.2024]
- Borstel D (2016) Die rechte Mobilisierung – eine Gefahr für die Demokratie? GWP Gesellschaft. Wirtschaft. Politik Vol. 65(2), 163–169
- Bundesverband Mobile Beratung (2023) Jahresrückblick 2023. Wie Rechtsextremismus näher rückt – und was dagegen hilft, Dresden
- Cramer KJ (2016) The Politics of Resentment: Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker. Chicago
- Delto J, Zick A, Hüster T (2023) Mittendrin im Sportverein: In: Zick A, Küpper B, Mokros N: Die distanzierte Mitte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 327–334
- Deppisch L (2019) „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen...“, hat der Populismus freie Bahn“. Thünen Working Paper 119, Braunschweig
- Deppisch L, Klärner A, Osigus T (2019) Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich? In: Janine Dieckmann (ed): Wissen schafft Demokratie. Ländlicher Raum, Jena, 75–87
- Deppisch L, Osigus T, Klärner A (2023a) „Gefühle des Abgehängtseins“ in ländlichen Räumen?, Project Brief Thünen Inst 2023/38, Braunschweig, zu finden in <[https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn066762.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn066762.pdf)> [zitiert am 11.06.2024]
- Deppisch L, Osigus T, Klärner A (2023b) Rechtsextreme Konzerte und Völkische Siedler: Welche Möglichkeiten bieten ländliche Räume? Neue Kriminalpolitik 35(4), 455–469
- Deutschland-Monitor 2024 [Zentrum für Sozialforschung Halle e. V., Institut für Politikwissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Jena, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften] (ed) (2024) Deutschland Monitor '23, Halle/Jena/Mannheim
- Diermeier M (2020) Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30, 539–568
- Dijkstra L, Poelman H, Rodriguez-Pose A (2020) The geography of EU discontent, Regional Studies 54(6), 737–753
- [DStGB] Deutscher Städte- und Gemeindebund (2023) Hass, Bedrohungen und Gewalt gegen Kommunalpolitiker\*innen, Berlin, zu finden in <<https://www.dstgb.de/publikationen/positionspapiere/hass-bedrohungen-und-gewalt-gegen-kommunalpolitiker-innen/240123-update-hassbedrohungengewalt.pdf?cid=yfp>> [zitiert am 28.05.2024]
- Förtner M, Belina B, Naumann M (2020) The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany. Environment and Planning C: Politics and Space, online first
- Gille C, Krüger C, Wéber J (2022) Einflussnahmen der extremen Rechten – Herausforderungen für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Beltz Juventa
- Goodwin M (2023) Values, Voice and Virtue: The New British Politics, Penguin
- Hochschild AR (2017) Fremd in ihrem Land, Frankfurt
- Huijsmans T, Rodden J (2024) The Great Global Divider? A Comparison of Urban-Rural Partisan Polarization in Western Democracies. In: Comparative Political Studies (online first)

- Inglehart R, Welzel C (2005) *Modernization, cultural change, and democracy: The human development sequence*. Cambridge/Mass. University Press
- Kersten J, Neu C, Vogel B (2022) *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*, Bielefeld
- Kleiner TM, Kühn M (2023) *Engagement im Spiegel sozialer und räumlicher Ungleichheit: Empirische Analyseergebnisse auf Basis des Deutschen Freiwilligensurveys (2019) und des Sozio-oekonomischen Panels (2001–2019)*. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 110 p, Thünen Rep 111
- Köcher R (2023) *Staatliche Leistungsschwäche*. In: FAZ vom 26. Januar 2023
- Krüger C (2022) *Engagement recht(s) extrem – Einflussnahmen der extremen Rechten auf soziales Engagement*. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35(3), 527–539
- Kurtenbach S (2019) *Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus*, Forschungsbericht, Düsseldorf
- Lachmann P (2022) *Schüler\*innen beruflicher Schulen – eine polarisierte Zielgruppe?* In: *Soziologiemagazin*, Heft 2, 60–73, zu finden in [https://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband\\_2022/article/view/1677/1854](https://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2022/article/view/1677/1854) [zitiert am 11.06.2024]
- Lipps J, Schraff D (2021) *Regional inequality and institutional trust in Europe*, *European Journal of Political Research* 60 (4), 892–913
- Luhmann M, Brickau D, Schäfer B, Mohr P, Schmitz M, Neumann A, Steinmayr R (2023) *Einsamkeit unter Jugendlichen in NRW nach der Pandemie, zu finden in* <https://www.land.nrw/pressemitteilung/jedertuenfte-jugendliche-nordrhein-westfalen-ist-stark-einsam-landesregierung> [zitiert am 11.06.2024]
- Martin R, Sunley P, Gardiner B (2019) *The political economy of rural-urban relations*, *Regional Studies*, 53(2), 187–197
- More in Common (2023) *Mehr Erreichen! Neue Erkenntnisse zu den Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligung*, Berlin, zu finden in [https://www.moreincommon.de/media/j2cbavzc/empfehlungspapier\\_mehr\\_erreichen\\_b%C3%BCrgerbeteiligung\\_more\\_in\\_common.pdf](https://www.moreincommon.de/media/j2cbavzc/empfehlungspapier_mehr_erreichen_b%C3%BCrgerbeteiligung_more_in_common.pdf) [zitiert am 11.06.2024]
- Mudde C (2007) *Populist radical right parties in Europe*, Cambridge/Mass
- Naumann M (2021) *Infrastruktureller Populismus*, *Geographische Zeitschrift* 109, 208–226
- Neu C (2024) *Ertüchtigen nicht entmutigen*, hrsg. von Population Europe. Berlin (i.E.)
- Neu C, Küpper B (2023) *Einsamkeit, Feindseligkeit und Populismus*. In: Zick A, Küpper B, Mokros N: *Die distanzierte Mitte*. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 335–353
- Quent M (2019) *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München
- Rodríguez-Pose A (2018) *The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)*, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11 (1), 189–209
- Schröder W, Greef S, Ten Elsen J, Heller SI (2022) *Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland*. Frankfurt/New York
- [SRLE] Sachverständigenrat *Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021a) Bedingung für starke ländliche Räume: gute Vereinbarkeit von Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt*, Berlin, zu finden in [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/srle/stellungnahme-srle-2021-06-09.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/srle/stellungnahme-srle-2021-06-09.pdf?__blob=publicationFile&v=3) [zitiert am 11.06.2024]

- [SRLE] Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021b) Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume in der 20. Legislaturperiode, Berlin, zu finden in [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/srle/stellungnahme-srle-2021-10-07.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/srle/stellungnahme-srle-2021-10-07.pdf?__blob=publicationFile&v=4) [zitiert am 11.06.2024]
- [SRLE] Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2022) Starke Energiepreisanstiege: Spezifischen Betroffenheiten in ländlichen Räumen gezielt begegnen, Berlin
- [SRLE] Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2023a) Die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027: ländliche Entwicklung stärker in den Blick nehmen, Berlin, zu finden in [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/srle/Stellungnahme-srle-gap-nach-2027.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/srle/Stellungnahme-srle-gap-nach-2027.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [zitiert am 11.06.2024]
- [SRLE] Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2023b) Ländliche Räume nicht aus dem Blick verlieren und Gestaltungsspielräume erhalten!, Berlin
- Stroppe AK, Jungmann N (2022) Stadt, Land, Wahl. Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021? In: *easy\_social\_sciences*, 67, 49–60
- Steinmeier F-W (2024) Zeigen wir, dass wir gemeinsam stärker sind, Rede des Bundespräsidenten am 21.01.2024, zu finden in <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2024/01/240121-Demonstrationen-gegen-Rechtsextremismus.html> [zitiert am 11.06.2024]
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2023) Jugendpolitische Beiräte in Deutschland und ausgewählten Ländern, o. O., zu finden in <https://www.bundestag.de/resource/blob/973758/a432ac9d966dfc679fb1b3902f007ce2/WD-9-058-23-pdf.pdf> [zitiert am 11.06.2024]
- Zick A, Mokros N (2023) Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick A, Küpper B, Mokros N: Die distanzierte Mitte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 53–90
- Zick A, Küpper B, Mokros N (2023) Die distanzierte Mitte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn



## **Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)**

### **Mitglieder:**

Prof. Dr. Claudia Neu (Vorsitzende)  
Dr. Hartmut Berndt (stellv. Vorsitzender)  
Petra Bentkämper  
Prof. Dr. Peter Dehne  
Latif Hamamiyeh Al-Homssi  
Karin Harms  
Grit Körmer  
Dr. Birgit Kreß  
Prof. Dr. Annekatriin Niebuhr  
Dr. Hildegard Sander  
Sarah Schulte-Döinghaus  
Prof. Dr. Peter Weingarten

### **Gast-Sachverständige:**

Timm Fuchs  
Matthias Wohltmann

### **Geschäftsführung:**

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)  
Referat 814 – Strategie und Koordinierung der Abteilung 8,  
Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Transformationsprozesse in ländlichen Räumen  
Postanschrift: 11055 Berlin  
Telefon: 030 / 18 529 - 3265  
E-Mail: [srle@bmel.bund.de](mailto:srle@bmel.bund.de)  
Internet: [www.bmel.de/srle](http://www.bmel.de/srle)

Stellungnahmen des SRLE können kostenfrei heruntergeladen werden unter [www.bmel.de/srle](http://www.bmel.de/srle)